

Aktuelle Stunde zu Russland

Ein Mord und seine Folgen

Vier Schüsse in den Rücken töteten den russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow – kaltblütig, auf offener Straße. Die Ermordung des früheren Vizepremiers ist für Putin-Kritiker ein weiterer Schlag ins Gesicht. Der Deutsche Bundestag verlangt vom Kreml nun Aufklärung. Am Mittwoch wurde in einer Aktuellen Stunde über die Auswirkungen des Mordes auf die Politik Russlands diskutiert.



Foto: picture alliance/dpa

Die Stimmung in Russland ist gereizt, die innenpolitische Atmosphäre aufgeheizt – gerade auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Konfliktes und der deswegen verhängten Sanktionen. „Der Mord an Nemzow beleuchtet schonungslos den aktuellen Zustand Russlands“, sagte Dr. Hans-Peter Uhl (CSU), Justiziar der Unionsfraktion und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, im Plenum. In Russland entstehe durch die Kriminalisierung der Opposition und die Stärkung nationalistischer Kräfte ein aggressives Klima von Hass und Hysterie.

Dies sei ein Nährboden, auf dem politischer Mord gedeihe, so Uhl.

In einer Gesellschaft, die tief gespalten ist und zwischen dem absoluten Reichtum Weniger und der trostlosen Armut Vieler schwankt, wird jegliche Kritik im Keim erstickt. Die Liste der ermordeten Kritiker des russischen Regimes ist lang. Hans-Peter Uhl verlas alle ihre Namen im Deutschen Bundestag. Anna Politkowskaja, Stanislaw Markelow,

Natalja Estemirowa sind drei von ihnen. Nun reiht sich Boris Nemzow ein. Der frühe Vizepremier unter Boris Jelzin galt als einer der größten Putin-Gegner im Land. Kurz vor seinem Tod kritisierte er unter anderem das russische Vorgehen im Ukraine-Konflikt in einem Interview scharf.

Auf Moskaus Straßen zeigten nach dem Verbrechen Tausende ihre Solidarität. Dies gebe Mut,

so Hans-Peter Uhl. Denn: „Deutschland hat ein Interesse an einem gesunden Russland“, an einem Russland in Frieden

und Freiheit in einem zusammenwachsenden Europa. Dazu müsse man den Dialog aufrecht erhalten – nicht nur mit den Herrschenden sondern auch mit den Beherrschten – der Zivilbevölkerung, so Uhl weiter.

Der Deutsche Bundestag werde die Aufklärung des Mordes mit wachem Auge verfolgen, sagte der Bundestagsvizepräsident Peter Hinze zum Abschluss der Aktuellen Stunde.

Aufklärung mit wachen Augen begleiten



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben die Koalitionsfraktionen weitere Einzelheiten des im letzten November angekündigten Zehn-Milliarden-Euro-Investitionspakets für 2016 bis 2018 festgezurr.

Ein großer Erfolg ist für uns, dass 4,35 Milliarden Euro in den Bau und die Modernisierung von Straßen, Schienen und den Breitbandausbau – und damit in nachhaltige Investitionen in die Zukunft – fließen. Das Verkehrsministerium ist bereits jetzt das Ministerium mit dem größten Investitionshaushalt des Bundes. Unser Verkehrsminister Alexander Dobrindt kann die Modernisierung unserer Infrastruktur damit nachdrücklich in der Region Landshut/Kelheim vorantreiben. Zusätzliche Gelder gibt es daneben auch für Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie in den Bereichen Hochwasserschutz, Klimaschutz und Städtebau.

Über diese zehn Milliarden Euro hinaus wird Bundesfinanzminister Schäuble den Kommunen weitere Bundesmittel in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um ihnen Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen. 3,5 Milliarden Euro davon fließen in einen Fonds, der direkt den besonders finanzschwachen Gemeinden zugutekommt. Durch diese und bereits beschlossene Maßnahmen wie die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet die unionsgeführte Bundesregierung die Kommunen wie keine Regierung zuvor, von 2011 bis 2018 um insgesamt über 50 Milliarden Euro.

Ganz klar ist für uns aber auch, dass die schwarze Null weiter steht: Wir geben auch in den nächsten Jahren nur das aus, was wir einnehmen. Mit dem jetzt vereinbarten Investitionspaket unterstreichen wir: Solide Haushaltspolitik und nachhaltige Investitionen sind kein Widerspruch. Wir stehen für Stabilität und Wachstum in Bayern, Deutschland und Europa.

Florian Oßner MdB

Tarifeinheit

Nachgeschlagen: Was bedeutet Tarifeinheit?

Bestehen in einem Unternehmen oder in einem Arbeitsverhältnis mehrere Tarifverträge, kann es zur Kollision dieser kommen. Um dies zu vermeiden, gibt es den Grundsatz der Tarifeinheit. Diese sogenannte Kollisionsregel besagt, dass in einem Arbeitsverhältnis oder in einem Unternehmen nur ein Tarifvertrag bestehen kann.

Bis zum Jahr 2010 war dieser Grundsatz auch für Arbeitsverhältnisse derselben Art in einem Unternehmen festgelegt. Es galt: „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“. Im Juni 2010 hat das Bundesarbeitsgericht dies im Sinne der Tarifpluralität in einem Grundsatzurteil gekippt. Unterschiedliche Gewerkschaften konnten seitdem in einem Unternehmen für dieselbe Berufsgruppe unterschiedliche Tarifverträge abschließen.

Tarifkonflikten entgegensteuern

Um künftig Tarifkonflikte innerhalb von Unternehmen in einer Berufsgruppe zu vermeiden, hat der Deutsche Bundestag den Gesetzesentwurf zur Tarifeinheit am Donnerstag in erster Lesung beraten.



Foto: picture alliance / dpa

Im Gesetz sind unter anderem vorgesehen: die Stärkung der Tariflandschaft, kein Eingriff in das Streikrecht sowie der Schutz kleinerer Gewerkschaften. Weiterhin sollen die Tarifparteien autonom entscheiden. Die Tarifeinheit käme nur zur Anwendung, wenn verschiedene Gewerkschaften für die gleiche Berufsgruppe in einem Betrieb einen Tarifvertrag aushandeln wollten.

Dann wäre lediglich der Tarifvertrag der Gewerkschaft anwendbar, die im Betrieb die meisten Mitglieder hätte. „Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie ist ein hohes Gut, konstitutiv für die soziale Marktwirtschaft in Deutschland“, unterstrich Stephan Stracke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.

Diese Woche

Aktuelle Stunde zu Russland Ein Mord und seine Folgen	1
Tarifeinheit Tarifkonflikten entgegensteuern	2
Nachgeschlagen: Was bedeutet Tarifeinheit?	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich ... der Wissenschaftliche Dienst?	2
Frauenquote nachgebessert Das Votum für eine Quote mit Augenmaß	3
Energiepolitik Für eine energetische Sanierung	3
Unbegründete Asylanträge Für eine schnellere Abschiebung	3
Parlamentskreis Mittelstand Im Gespräch über den Mindestlohn	4
Bauernverband An der Seite der Landwirte	4
Mietpreisbremse An der Seite der Mieter	4
Gesundheit Für mehr Ärzte auf dem Land	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich ... der Wissenschaftliche Dienst?

Sie wissen auf knifflige Fachfragen eine Antwort: Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages sind das Informationszentrum des Parlaments. An diesen Fachdienst, der in der Bundestagsverwaltung angesiedelt ist, kann sich jeder Abgeordnete wenden.



Foto: CSU-Landesgruppe

Politisch neutral, unabhängig, sachlich objektiv. Diese Eigenschaften zeichnen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages aus. Sie geben den Abgeordneten eine wichtige Hilfestellung bei ihrer politischen Arbeit und der Ausübung ihres Mandates. Denn jeder Abgeordnete hat die Möglichkeit, durch die Wissenschaftlichen Dienste eine fachliche Einschätzung zu bekommen. Dies hilft ihnen bei der Kontrolle der Bundesregierung – eine der Aufgaben des Deutschen Bundestages. Durch

Fachinformationen, Analysen und gutachterlichen Stellungnahmen werden die Abgeordneten mit Informationen aus unabhängiger Quelle versorgt: zum Beispiel jüngst zum Thema Tarifeinheit.

Die Unterabteilung der Wissenschaftlichen Dienste umfasst insgesamt zehn Fachbereiche: von Recht über Außenpolitik bis hin zu Arbeit und Soziales. Wissenschaftlich sind die Publikationen dieses parlamentseigenen Fachdienstes voll zitierfähig.

Frauenquote nachgebessert

Das Votum für eine Quote mit Augenmaß

Die Frauenquote kommt. Am Freitag wurde sie vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Doch für wen gilt sie eigentlich? Und was soll sie bringen? Auf keinen Fall mehr Bürokratie. Deshalb hat die CSU-Landesgruppe auf den letzten Metern noch zahlreiche Verbesserungen in den Gesetzentwurf eingebracht. Die wichtigsten Fragen und Antworten rund um die Frauenquote:

Was sind die Eckpunkte?

Die Förderung von Frauen in Führungspositionen ist der CSU-Landesgruppe wichtig. In Zukunft gilt eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für Aufsichtsräte. Die Bürokratie wurde im Gesetzentwurf auf ein Minimum reduziert. So müssen die betroffenen Unternehmen beispielsweise nur noch alle fünf Jahre berichten, ob sie ihre Zielvereinbarung erreicht haben oder nicht. Anteilseigner- und Arbeitnehmer-Bänke werden zusammen betrachtet. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Quote nicht erreicht wird.

Für wen gilt die Frauenquote?

Aufsichtsräte von allen börsennotierten und vollmitbestimmungspflichtigen Unternehmen, die ab 2016



Foto: picture alliance / blickwinkel

neu besetzt werden, müssen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen.

Außerdem sollen börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen Zielgrößen für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen festlegen. Das heißt: Diese Unternehmen verordnen sich selbst eine variable Quote – die sogenannte Flexiquote.

Was ist mit dem öffentlichen Dienst?

Auch hier gilt die Quote. Für den öffentlichen Dienst des Bundes sollen sich im Wesentlichen die gleichen Vorgaben wie in der Privatwirtschaft widerspiegeln. Auch für die öffentliche Verwaltung gilt das Prinzip der Frauenförderung. Zu den Gesetzeszielen zählt deshalb auch die Familienfreundlichkeit.

Energiepolitik



Foto: picture alliance/trainer hackenberg

Für eine energetische Sanierung

„Die CSU will die energetische Gebäudesanierung weiter steuerlich fördern“, stellte Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, entgegen anderslautender Meldungen in der vergangenen Woche klar. Denn Investitionen in die Gebäudesanierung sind weiterhin ein wichtiger Baustein, um die Energie- und Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Hasselfeldt betonte jedoch, dass dafür allerdings nicht der Handwerkerbonus geopfert werde. Beides habe miteinander nichts zu tun, sagte die Landesgruppenvorsitzende.

Durch den sogenannten Handwerkerbonus können Handwerkerleistungen steuerlich abgesetzt werden. Dies hilft vor allem Geringverdienern und sichert zudem die Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort. Außerdem trägt der Handwerkerbonus dazu bei, Schwarzarbeit einzudämmen.

Unbegründete Asylanträge



Foto: picture alliance/ZB

Für eine schnellere Abschiebung

In erster Lesung hat der Deutsche Bundestag am Freitag die Einführung eines stichtagsunabhängigen Bleiberechts sowie eine Modernisierung des Ausweisungsrechts debattiert. Kern des Gesetzes ist, dass abgelehnte Asylbewerber schneller und effizienter abgeschoben werden können. Viele Abschiebungen werden verhindert, indem die Herkunft bewusst verschleiert werde, so die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz vor dem Deutschen Bundestag. Daher sollen die Behörden künftig noch umfangreichere Nachforschungen zur Herkunft des Asylbewerbers führen können.

Auf der anderen Seite sollen gut integrierte – bisher geduldete – Ausländer, die mehrere Jahre in Deutschland leben und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht bekommen.

Parlamentskreis Mittelstand

Im Gespräch über den Mindestlohn

Die Diskussion um die Dokumentation beim Mindestlohn reißt nicht ab. Zahlreiche Unternehmen, Verbände und Vereine beklagen den bürokratischen Aufwand durch Einführung des Mindestlohns. Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) hat deshalb am Montag zu einem Fachgespräch geladen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Der PKM diskutierte mit über 300 Gästen unter anderem über die Dokumentationspflichten bei der geringfügigen Beschäftigung, die Regelungen bei Zeitarbeitskonten oder die Einkommensgrenze der Dokumentationspflicht. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, unterstrich, dass er in einigen Punkten

noch Nachholbedarf sehe. Dies gelte unter anderem für die Höhe von 2.958 Euro, bis zu der in Schwarzarbeit anfälligen Branchen dokumentiert werden muss. Er hob auch die bürokratische Belastung und rechtliche Unsicherheit für das Ehrenamt hervor. Beim Koalitionsausschuss hatte die Union bereits durchgesetzt, dass die Regelungen bis Ostern überprüft werden.

Gesundheit

Für mehr Ärzte auf dem Land

Die medizinische Versorgung in strukturschwachen Regionen soll verbessert werden. Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag über ein entsprechendes Gesetz in erster Lesung debattiert.

Das Durchschnittsalter von Ärzten auf dem Land ist hoch. Viele stehen vor dem Ruhestand, an Nachwuchs fehlt es. Nun soll der Job als Landarzt attraktiver und die Arbeitsbedingungen für Allgemeinmediziner verbessert werden. So soll es künftig möglich sein, ärztliche Routine-Leistungen zu delegieren, außerdem soll die Zahl der Weiterbildungsstellen von derzeit 5000 auf 7500 steigen.

Wenn das Gesetz verabschiedet ist, haben Patienten künftig auch die Möglichkeit durch spezielle Terminservicestellen innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin zu erhalten.

Bauernverband



Foto: CSU-Landesgruppe

An der Seite der Landwirte

Die Auswirkungen des Mindestlohns für die landwirtschaftlichen Betriebe – das war ein Thema des Gesprächs zwischen dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl, und den Abgeordneten der CSU-Landesgruppe am Dienstag in Berlin. Heidl schilderte praxisnah den bürokratischen Aufwand, der mit der Umsetzung des Mindestlohns verbunden ist. Gerda Hasselfeldt betonte, dass es Ziel sei, umsetzbare Regelungen zu finden.

Doch nicht nur der Mindestlohn stand auf der Tagesordnung des Gesprächs. Auch Regelungen zur Düngung, das Freihandelsabkommen TTIP und energiepolitische Fragen wurden diskutiert. Marlene Mortler, Vorsitzende des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft der CSU-Landesgruppe, unterstrich dass die CSU-Landesgruppe stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Landwirte habe.

Mietpreisbremse



Foto: picture alliance/Klaus ohlenschläger

An der Seite der Mieter

Zu hohe Mieten, zu wenig Wohnraum: Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag die sogenannte Mietpreisbremse beschlossen. Diese soll Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Preisforderungen schützen. Bereits im Regierungsprogramm von CSU und CDU wurde die Mietpreisbremse verankert und im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Somit darf bei der Neuvermietung von Bestandswohnungen die zulässige Miete nicht über zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Festlegen können das die Landesregierungen für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt. Zudem werden Makler künftig nach dem Bestellerprinzip bezahlt. Dennoch: Zentral im Kampf gegen hohe Mieten ist der Neubau von Wohnungen. Die CSU-Landesgruppe hat deshalb erreicht, dass die Mietpreisbremse nicht für Erstvermietungen in Neubauten und umfassend sanierten Wohnungen gilt.